

## **Kleine Anfrage 400**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
faktionslos

an die Landesregierung

### **Schallschutz für dauerhaft als Wohnraum genutzte Familien-Gästezimmer**

Bereits seit dem Jahr 2008 sollte die Flughafengesellschaft FBB im Rahmen ihres Schallschutzprogramms verantwortlich und unterwegs sein, um die Bürgerinnen und Bürger vor nicht zumutbarem Fluglärm durch den Einbau von Schallschutzmaßnahmen bzw. durch die Finanzierung des Einbaus von Schallschutzmaßnahmen vor gesundheitlichen Schäden zu schützen.

Grundlage ist der Planfeststellungsbeschluss, das entsprechende Bundesverwaltungsgerichtsurteil, das Planergänzungsverfahren zum Flughafen Berlin-Schönefeld. Wie allseits bekannt, ist im Rahmen des Schallschutzes, obwohl es bereits seit sieben Jahren die verpflichtende Auflage und Verantwortung gibt, nicht allzu viel passiert. Nunmehr im Vorfeld der avisierten Eröffnung des Flughafens im zweiten Quartal 2017 intensiviert die Flughafengesellschaft ihre Bemühungen, dem gesetzlichen Anspruch auf Schallschutz nachzukommen. In diesem Zusammenhang tauchen immer wieder offene Fragen, weil weder der Planfeststellungsbeschluss, noch der Planergänzungsbeschluss, noch die entsprechenden Gerichtsurteile in besonderer Art und Weise dezidiert und konkret sind, und der Flughafengesellschaft ein erheblicher Ermessensspielraum eingeräumt wird, wie sie den Schallschutz dimensioniert und die gesetzlichen Auflagen interpretiert.

Diese Fragen haben immer wieder im BER-Sonderausschuss eine Rolle gespielt, ohne dass es in den konkreten Fällen zu Regelungen gekommen wäre. Ganz im Gegenteil. Die Landesregierung lässt die Flughafengesellschaft gewähren. Nunmehr melden sich zunehmend Bürgerinnen und Bürger, die sich um den Einbau ihres Schallschutzes bemühen. In diesem Zusammenhang wird vorgetragen, dass die Flughafengesellschaft Schallschutz für Räume, die ganz offensichtlich Wohnräume sind, ablehnt, weil diese Wohnräume weder Schlafräume im eigentlichen Sinne, noch Wohnzimmer im eigentlichen Sinne, noch Kinderzimmer im eigentlichen Sinne sind,

Datum des Eingangs: 12.03.2015 / Ausgegeben: 13.03.2015

sondern einer „Mischnutzung“ unterliegen. So wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aus der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, vorgetragen, dass sie Schallschutz der Flughafengesellschaft für Zimmer in ihrem Haus begehren, in dem insbesondere Kinder und Enkelkinder, die nicht mehr dauerhaft im Haus wohnen, bei Besuch untergebracht sind. So wird von Großeltern vorgetragen, dass ihre Kinder mehrere Monate im Jahr bei den Großeltern in Blankenfelde-Mahlow verbringen, und dass für die Räume, in denen diese Kinder in dieser Zeit wohnen und schlafen durch die Flughafengesellschaft Schallschutz abgelehnt wird.

Aus diesem Grunde stellt sich die Frage, ob für Wohnräume, in denen nicht 365 Tage im Jahr gewohnt wird, sondern nur in einem entsprechenden Anteil im Jahr, die Flughafengesellschaft verpflichtet ist, Schallschutz einzubauen?

**Daher frage ich die Landesregierung:**

1. Wie intensiv muss ein Wohnraum genutzt werden, damit der Anspruch auf Schallschutz für diesen entsprechenden Wohnraum aus dem Planergänzungsbeschluss entspringt?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass Wohnräume, in denen Kinder bzw. Enkelkinder an mehreren Wochen oder Monaten im Jahr wohnen, einen Anspruch auf Schallschutz haben? Wenn ja, in welchem Umfang muss die Wohnnutzung gegeben sein? Wenn nein, weshalb nein?